

ben Schwabe ist dies Dr. Dieter Paffrath von der AOK Westfalen-Lippe – sind damit 92 Prozent der Rezepte in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erfasst worden.

Hinter dem 2,9prozentigen Umsatzwachstum 1999 verbergen sich Mengen-, Preis- und Struktureffekte, die Paffrath und Schwabe wie folgt bezifferten:

- Die Zahl der Verschreibungen ist erneut zurückgegangen, und zwar um 3 Prozent auf 738 Millionen. Damit sind die Verordnungen auf das Niveau zurückgefallen, wie es im Jahre 1989 allein in den alten Ländern registriert wurde. Dadurch ist der Umsatz 1999 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Milliarden Mark gesunken.
- Die Arzneimittel-Preise sind im vergangenen Jahr nur leicht um 0,6 Prozent gesunken.

Berlin (eb) – Die Meldung der Firma Femagen, Ende des Jahres die Abtreibungsspielle mangelnd Nachfrage vom deutschen Markt zu nehmen, hat Politikerinnen aufgeschreckt und Frauenverbände auf den Plan gerufen.

Die Vertreiberfirma Femagen Arzneimittel GmbH begründet ihren Schritt mit den hohen Verlusten. Diese seien auch durch den für Deutschland gesetzlich vorgeschriebenen Sondervertriebsweg mit verursacht. Mifegyne darf nur direkt an Frauenärzte und Kliniken mit spezieller Genehmigung ausgeliefert werden.

Jede Packung ist registriert und versiegelt. Dies und die schlechte Vergütung der betreuenden Ärzte habe zu einer unwirtschaftlichen Anzahl von Bestellungen geführt. Angesichts des angekündigten Aus

für die Abtreibungsspielle sich politischer Protest.

Parteiübergreifend waren sich die Politikerinnen einig, dass der Streit um die unterschiedliche Honorierung der Ärzte bei medikamentöser und chirurgischer Abtreibung nicht dazuführen dürfe, dass den Frauen in Deutschland eine medizinische Alternative genommen werde.

Nun suchen die Parteien nach Möglichkeiten, das drohende Aus für Mifegyne zu verhindern. Während sich Gesundheitsministerin Andrea Fischer (Grüne) darauf verweist, dass Ärzte und Krankenkassen für die Honorierung der Abtreibung zuständig sind, hat die FDP inzwischen einen Gesetzentwurf vorgelegt, der einen einfacheren Vertriebsweg für die Pille und die Möglichkeit einer höheren Vergütung für Ärzte vorsieht. Auch Frauenministerin Christine Bergmann hofft auf eine Lösung.

Köln (st) – Die Spitzenverbände der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) haben Ende Oktober weitere Festbeträge der Stufen I (Arzneien mit denselben Wirkstoffen) und II (Mittel mit pharmakologisch-therapeutisch vergleichbaren Wirkstoffen) festgesetzt.

Dabei handelt es sich in der Stufe I um die Substanzen Amiodaron, Clodronsäure und Oxybutynin. Für sie wurden erstmals Festbeträge definiert. Die Wirkstoffe werden bei Herzrhythmusstörungen, tumorbedingte Osteolyse und Hyperkalzämie sowie Blasenerkrankungen eingesetzt. Darüber hinaus beschlossen die Kassen in der Stufe 1 Festbeträge auf der Basis von geänderten Gruppenbildungsbeschlüssen des Wirkstoffes Beclometason (Asthma und Bronchitis). In der Stufe 2 werden Festbeträge für eben-

den inhalativen Glucocorticoiden (Budesonid, Flunisolid, Fluticason), Gruppe 2a und 2b, auf der Basis von geänderten Gruppenbildungsbeschlüssen festgesetzt. Für die zur Rheuma- und Schmerzbehandlung geeigneten Prostaglandin-Synthetase-Hemmer (Acemetacin) beschlossen die Kassen erstmals einen Festbetrag. Von der neuen Festbetragstranche sind insgesamt 88 Präparate mit 271 Fertigarzneimittelpackungen betroffen. Diese Fertigarzneimittel repräsentieren derzeit rund 5,4 Millionen Verordnungen und einen Umsatz zu Lasten der GKV von rund 700 Millionen Mark.

Die Kassenverbände beziffern das Einsparvolumen der Festbeträge auf rund 70 Millionen Mark. Wenn die Festbeträge in Kraft treten (1.1.01), wird das Umsatzvolumen des Festbetragsmarktes insgesamt 16,8 Milliarden Mark betragen.

Zwei Millionen Mark für 13 Projekte

Berlin (rv/udo) – Die Qualität der medizinischen Versorgung der Versicherten in Deutschland soll bei gleichzeitiger Kostensenkung erhöht werden. Zuvor wird in den nächsten beiden Jahren der Stand der Versorgung durch Ärzte in 13 Projekten wissenschaftlich untersucht. Dafür geben die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen und das Bundesforschungsministerium jeweils zwei Millionen Mark an Fördermitteln aus. Die Versorgungsforschung, die Behandlungsabläufe im Gesundheitswesen unter Alltagsbedingungen untersucht, soll mit der Förderung aufgewertet werden. Denn sie stehe häufig im Schatten der klinisch-medizinischen Forschung. *Die 13 ausgewählten Vorhaben – 200 Projektskizzen wurden eingereicht – beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit der sektorenübergreifenden Versorgung multimorbider älterer Menschen, mit Behandlungsunterschieden und mit teuren Patienten.

Fischers Gesetz bremst Gentechnik

Berlin (kn) – Anfang November hat Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer (Grüne) erstmals ihre Eckpunkte für ein Fortpflanzungsmedizin-Gesetz vorgestellt, das nach Auffassung von Kritikern die Entwicklung der Gentechnik in Deutschland erheblich behindern wird.

So will Fischer die so genannte Präimplantationsdiagnostik (PID) – gegen ein Votum der Bundesärztekammer und trotz anders lautender Forderungen etwa aus der FDP – nicht zulassen. Verboten werden soll die Verwendung embryonaler Stammzellen und deren Gewinnung mit Hilfe des therapeutischen Klonens.

In den Verbotskatalog will die Bundesgesundheitsministerin ferner die Eizellenspende aufnehmen. Die Perspektive, dass die Eizelle einer spendenden Frau befruchtet und dann in die Gebärmutter einer anderen Frau eingesetzt wird, lehnt Andrea Fischer strikt ab.

GKV dient als Verschiebebahnhof

Berlin (rv/udo) – Vor „erheblichen Finanzrisiken“ für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) in 2001 warnen die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen. Auf etwa 5,8 Milliarden Mark summierten sich voraussichtlich Mehrbelastungen und Mindereinnahmen. Allein die geplante Reform der Erwerbsminderungsrenten schlage mit 1,8 Milliarden Mark jährlich zu Buche. Damit werde „ein neuer Verschiebebahnhof zu Lasten der Beitragszahler“ aufgemacht, kritisieren die GKV-Spitzenverbände. Erst sieben Monate nach Eintritt des Versicherungsfalls sollen die Invalidenrenten künftig gezahlt werden – statt wie bisher mit Beginn des Kalendermonats, in dem die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. Außerdem wird die Invalidenrente nicht mehr dauerhaft, sondern nur noch zeitlich befristet zugesprochen. Die Kassen müssen damit erheblich länger Krankengeld bezahlen.

AUS DEM INHALT

Die EU will ihren Bürgern mehr Sicherheit geben

Das Europaparlament plant, Mindeststandards für Krankenversicherungen festzulegen. Seite 4

Unerkannte Depressionen treiben Menschen in den Tod

In Deutschland bleiben viele saisonal unabhängige Depressionen unbehandelt. Seite 5

Menschliche Organe aus dem Reagenzglas

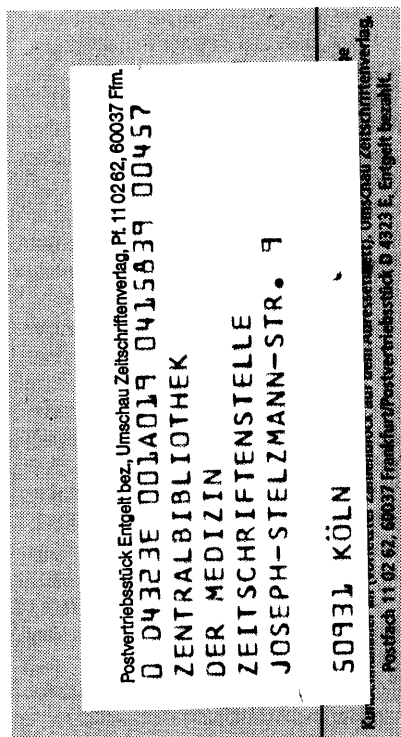
Das „tissue engineering“ ermöglicht die Zucht von menschlichem Gewebe. Seite 6

Selbstmord-System hält Zellen im Gleichgewicht

Ein genetisch gesteuerter Mechanismus im Körper sorgt dafür, dass unbrauchbare, geschädigte und infizierte Zellen unschädlich gemacht werden. Seite 8

Impressum

Seite 8



ZS-B
2119 x
ZB MED